INTEGRIERTES STADTENTWICKLUNGSKONZEPT LEIPZIG 2030

INHALTSVERZEICHNIS

C. FACHKONZEPTE UND QUERSCHNITTSTHEMEN

1. KURZFASSUNG FACHKONZEPTE UND QUERSCHNITTSTHEMEN

2. FACHKONZEPTE

Einleitung

2.1 Wohnen

2.2 Wirtschaft und Arbeit

2.3 Freiraum und Umwelt

2.4 Kommunale Bildungslandschaft

2.5 Soziale Teilhabe

2.6 Kultur

2.7 Nachhaltige Mobilität

2.8 Klimaschutz und Technische Infrastruktur

2.9 Sport

2.10 Hochschulen und Forschungseinrichtungen

2.11 Ordnung und kommunale Sicherheitsinfrastruktur

3. QUERSCHNITTSTHEMEN

Einleitung

3.1 Inklusion und Chancengerechtigkeit

3.2 Integration und Vielfalt

3.3 Gesundheit

3.4 Digitale Stadt

3.5 Baukultur und Öffentlicher Raum

3.6 Brachenrevitalisierung

Querschnittsthema Inklusion und Chancengerechtigkeit

Inklusion beschreibt die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe eines jeden Menschen in einer Gesellschaft – unabhängig von seinen individuellen Merkmalen. Nicht der oder die Einzelne passt sich den Bedingungen eines Systems an, sondern das System muss vielmehr die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen und gegebenenfalls angepasst werden. Die kommunale Aufgabe besteht darin, stadtweit Chancengerechtigkeit zu unterstützen und geeignete Strukturen bereit zu stellen, die jedem Menschen einen barrierefreien und chancengleichen Zugang zu ihnen ermöglicht. Die Herausforderungen bestehen derzeit in der Prüfung aller relevanten Inklusionsanforderungen, um Ungleichheiten in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Bildung, Gesundheit, Sport, Kultur und in der Arbeitswelt durch Abbau von Barrieren und Verbesserung von Erreichbarkeiten zu minimieren. Handlungsprioritäten sind:

- Inklusive Bildungslandschaft ausbauen
- Arbeit und Beschäftigung für alle unterstützen
- Wohnen für alle ermöglichen
- Barrierefreie Mobilität, Sport-, Freizeit- und Kulturangebote fördern
- Barrierefreie Kommunikation ermöglichen und frühzeitige Beteiligung unterstützen

Querschnittsthema Integration und Vielfalt

Die Gestaltung des Zusammenlebens in einer ethnisch, kulturell und religiös immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft ist eine der größten Zukunftsaufgaben in Leipzig. Die Integration der Zugewanderten wird dann erfolgreich sein, wenn sie zur gleichberechtigten Teilhabe aller am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben führt. Gelingende Integration ist – mit dem Grundsatz des Forderns und Förderns – ein langwieriger, vielschichtiger und wechselseitiger Prozess. Kunst, Kultur und Sport sowie Erziehung und Bildung leisten wichtige Beiträge zur Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Es ist dabei von besonderer Bedeutung, Integration und Vielfalt in der gesamten Stadtgesellschaft für ein gleichberechtigtes Zusammenleben anzustreben und Maßnahmen für den sozialen Zusammenhalt gegenüber Polarisierungstendenzen zu entwickeln. Vielfalt ist zugleich aber auch eine kulturelle und soziale Ressource sowie Grundlage der ökonomischen Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Stadt. Handlungsprioritäten sind:

- Ressortübergreifend handeln
- Integrative Arbeit und sozialräumliche Integration fördern
- Willkommenskultur verbessern, interkulturellen Dialog fördern und Diskriminierung bekämpfen
- Sport- und Kulturangebote weiterentwickeln
- Politische Teilhabe ermöglichen

Querschnittsthema Gesundheit

Die Schaffung und Sicherung gesunder Lebensverhältnisse in der Stadt ist die Voraussetzung für körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger und damit ein zentrales kommunales Handlungsfeld. Die Gesundheitsförderung kombiniert daher die Gestaltung gesunder Lebensverhältnisse, wie z. B. Wohn-, Arbeits- und Freizeitbedingungen, mit Angeboten zur Entwicklung individueller Kompetenzen. Die Förderung einer gesunden Entwicklung und Sicherung einer gesundheitlichen Chancengerechtigkeit wird daher als gesamtstädtische Aufgabe betrachtet und gilt insbesondere in benachteiligten Stadtteilen als wichtige Herausforderung. Schnell erreichbare, qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichend verfügbare Freiräume bilden dabei das niedrigschwelligste Angebot, um die Gesundheit von Menschen positiv zu befördern. Handlungsprioritäten sind:

- Freiräume sichern und vernetzen
- Luftqualität verbessern, Lärmemissionen vermindern
- Sport- und Bewegungsangebote weiterentwickeln
- Gesundheitsförderung und Prävention stärken

Querschnittsthema Digitale Stadt

Die „digitale Stadt“ berührt alle Lebens- und Verwaltungsbereiche, wie z. B. Mobilität, technische Infrastruktur, Gewerbe, verwaltungsinterne und -externe Kommunikation, Bildung, Schulen, Bibliotheken. Mit der Steigerung der Resilienz und der Lebensqualität in der Stadt eröffnen sich viele neue Möglichkeiten einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Für Leipzig ist es von großer Bedeutung, frühzeitig die Chancen und Risiken der Digitalisierung zu erkennen. Es geht darum, gesamtstädtische Strategien zur Digitalisierung zu entwickeln, die zur Gestaltung einer effizienten, sozial inklusiven und technologisch innovativen Stadt beitragen. Zur Stärkung der nachhaltigen Mobilität sollen durch digitale Dienste auf der Netzebene Effizienzsteigerungen sowie durch neue Mobilitätsberatung/-services eine Stärkung des Umweltverbundes insgesamt erreicht werden. In der kommunalen Bildungslandschaft spielen vor allem der Ausbau und die Anpassung der Infrastruktur und die Bedeutung von neuen Medien in der Lehre eine immer stärkere Rolle. Die Digitalisierung bewirkt auch eine Veränderung der Nutzung des öffentlichen Raums, der Wohnformen und des Einzelhandels in den Stadtteilen. Handlungsprioritäten sind:

- Digitalisierungskonzept und -strategien für alle Handlungsbereiche der Verwaltung entwickeln, Untersuchung stadtstruktureller Wirkungen und Optionen
- Infrastrukturen schaffen und Dienstleistungen ausbauen
- Medien- und Vermittlungskompetenzen fördern
- Kommunikation und Beteiligung stärken

Querschnittsthema Baukultur und öffentlicher Raum

Baukultur umfasst das Bauen selbst sowie den Umgang mit der bebauten Umwelt. Da baukulturelle Wirkungen sowohl von der Gestaltung von öffentlichen als auch von privaten Räumen und Gebäuden ausgehen, kann Baukultur sich nur entfalten, wenn alle an Planung und Bau Beteiligten aktiv zusammenwirken und die gesamte Gesellschaft Verantwortung für ihre bebaute Umwelt und deren Pflege übernimmt. Vor dem Hintergrund des starken Wachstums darf die Sensibilität für lokale Traditionen, städtebauliche und architektonische Qualität und die Aufmerksamkeit für den öffentlichen Raum nicht verlorengehen. Der historische Charakter der Innenstadt bzw. der Stadtteile soll bewahrt und entsprechend der aktuellen Anforderungen zeitgenössisch weiterentwickelt werden. Angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen für Baukultur und öffentlichen Raum sind Konzepte, Instrumente sowie Arbeitsstrukturen auszubauen, um eine qualitätsvolle, für Leipzig typische Baukultur im privaten und öffentlichen Raum zu sichern. Handlungsprioritäten sind:

- Erarbeitung von Leitbildern für Baukultur und öffentlichen Raum, Planungskultur und Prozessqualität sichern, Baukultur „leben“, ressortübergreifend und frühzeitig handeln
- Historische Ortslagen als Nukleus der Ortsteilentwicklung sichern und erschließen
- Öffentlichen Raum und doppelte Innenentwicklung verbinden, als inklusiven Ort erhalten
- Magistralen als Imagebilder entwickeln

Querschnittsthema Brachflächenrevitalisierung

Brachflächen nehmen in Leipzig derzeit mit rund 3,3 % einen nennenswerten Teil der Stadtfläche ein. Aufgrund des Flächenpotenzials hat das Querschnittsthema Brachenrevitalisierung in fast allen Fachkonzepten eine besondere Bedeutung. Brachflächen leisten einen wichtigen Beitrag zur bedarfsgerechten Entwicklung von Flächen für Wohnen, Bildung, Gewerbe, Verkehr, Erholung, Freiraum und Hochwasserschutz. Zugleich können sie eine vorsorgende Klima- und Umweltpolitik ermöglichen. Die grundlegenden Prinzipien in Leipzig – „Innen- vor Außenentwicklung“ und „Doppelte Innenentwicklung“ – werden optimal in die Stadtentwicklungsstrategie integriert. Zugleich ist die Verankerung der Brachenrevitalisierung im INSEK verpflichtend für die EU-Strukturfondsperiode 2014-2020. Handlungsprioritäten sind:

- Lebensqualität erhalten und verbessern
- Strategische Liegenschaftspolitik
- Weiterentwicklung Brachflächenmanagement
- Setzung räumlicher Schwerpunkte

3. QUERSCHNITTSTHEMEN

Die Bilanz zum INSEK formulierte als eine Schlussfolgerung für das fortzuschreibende INSEK, sich stärker mit den fachübergreifenden Herausforderungen auseinanderzusetzen. Dies sollte vor allem vor dem Hintergrund der wachsenden Stadt und den damit verbundenen Entwicklungen geschehen, aber auch mit Blick auf gesellschaftliche und globale Trends, wie z. B. den demografischen Wandel bzw. die Digitalisierung. Die in der Bilanz benannten Herausforderungen wurden deshalb im INSEK aufgegriffen und zum Teil als Querschnittsthemen verankert.

Unter Querschnittsthemen werden im INSEK solche Stadtentwicklungsthemen verstanden, die für viele Fachbereiche schon von Bedeutung sind oder noch bedeutsam werden. Ihre Berücksichtigung stellt deshalb eine wesentliche inhaltliche Grundlage bei der Erarbeitung der Fachkonzepte und der Gesamtstrategie dar. Querschnittsthemen sind i .d. R. in der Federführung und Umsetzung nicht einem bestimmten Fachbereich zuzuordnen.

Folgende Themenbereiche sind als Querschnittsthemen im INSEK enthalten:

- Inklusion und Chancengerechtigkeit
- Integration und Vielfalt
- Gesundheit
- Digitale Stadt
- Baukultur und Öffentlicher Raum
- Brachflächenrevitalisierung

Fachübergreifende Themen, die mehr der Umsetzung dienen, wie z.B. Flächenmanagement, werden in der Umsetzungsstrategie berücksichtigt. Gleiches gilt für eher akteursorientierte Themen, wie z.B. die regionale Zusammenarbeit oder Bürgerbeteiligung.

Um die Relevanz der Querschnittsthemen zu ermitteln, wurden sie in allen Fachkonzepten geprüft und fachübergreifend in INSEK-Workshops diskutiert. Im Ergebnis kamen u. a. die Querschnittsthemen Baukultur und öffentlicher Raum sowie Brachflächenrevitalisierung hinzu. Für Letzteres ist eine Verankerung im INSEK verpflichtend für die EU-Strukturfondsperiode 2014-2020.

Das Thema Wachstum der Stadt, das für alle Fachkonzepte und die Stadtentwicklungsstrategie von großer Relevanz ist, wird auf Grund seiner Bedeutung nicht als Querschnittsthema unter C 3 beschrieben, sondern zieht sich – ausgehend von dem Leitsatz „Leipzig wächst nachhaltig – als „roter Faden“ durch das gesamte INSEK.

Die Querschnittsthemen sind an verschiedenen Stellen ins INSEK eingeflossen:

- Mit der Befassung in den Fachkonzepten wurden die jeweils relevanten Querschnittsthemen in der Handlungsstrategie der einzelnen Fachkonzepte berücksichtigt.
- Darauf aufbauend wurden die Querschnittsthemen in den gesamtstädtischen strategischen Zielen des INSEK implementiert.
- In einer zusammenfassenden Darstellung der Querschnittsthemen werden die wichtigsten Ergebnisse aus den Fachkonzepten beschrieben: zentrale Themen und Herausforderungen sowie Handlungsprioritäten

3.1 Inklusion und Chancengerechtigkeit

Die Idee der Inklusion in einer Gesellschaft beschreibt die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe eines jeden Menschen – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildung, Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen. Nicht der oder die Einzelne passt sich den Bedingungen eines Systems an, sondern das System muss umgekehrt die Bedürfnisse aller Menschen berücksichtigen und ggf. anpasst werden. Die kommunale Aufgabe besteht darin, stadtweite Chancengerechtigkeit zu gewährleisten und geeignete Strukturen bereitzustellen, so dass jeder Mensch einen barrierefreien und chancengleichen Zugang zu ihnen findet. Ein wichtiger Schritt dahin ist der 2015 begonnene Prozess der Teilhabeplanung in der Stadt Leipzig, der handlungsorientierte Maßnahmen in allen Themenfeldern beinhalten wird.

Inklusion und Chancengerechtigkeit haben in folgenden Fachkonzepten eine besondere Bedeutung:

- Kommunale Bildungslandschaft
- Kultur
- Soziale Teilhabe
- Sport
- Freiraum und Umwelt
- Nachhaltige Mobilität
- Wohnen
- Wirtschaft und Arbeit

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Inklusion gewinnt als Ziel und kommunale Aufgabe in vielen Fachbereichen zunehmend an Bedeutung. Die Herausforderungen bestehen derzeit in der Prüfung aller relevanten Inklusionsanforderungen, um Ungleichheiten in allen Lebensbereichen und der Arbeitswelt durch Abbau von Barrieren und Verbesserung von Erreichbarkeiten zu minimieren. Dies umfasst sowohl eine räumliche Barrierefreiheit als auch eine barrierefreie Gestaltung von Formaten (Angebote, Veranstaltungen, etc.), Materialien (Formulare, Medien, etc.) sowie eine kommunizierte Kultur der Offenheit und des Willkommenseins
- Inklusion bedeutet auch die Förderung eines selbstbestimmten Lebens von Anfang an. Dieser ganzheitliche Ansatz kann zudem mögliche Folgekosten reduzieren.
- Mit dem Zuwachs der Bevölkerung geht ein steigender und differenzierter Bedarf nach städtischen Angeboten einher. Die Sensibilisierung sowohl der Mitarbeiter/-innen als auch der Bevölkerung für das Thema Inklusion und die Ermöglichung der gleichberechtigten Teilhabe, unabhängig von ethnischen, religiösen, behinderungsbedingten und kulturellen Hintergründen, sind zentrale Themen.
- Wichtige Grundlage bildet das Konzept „Design für alle“. Es ermöglicht die benutzerfreundliche Gestaltung von Angeboten und Einrichtungen für alle Menschen ohne besondere Hilfeleistungen.
- Der Zugang zu Arbeit und Beschäftigung bildet eine wesentliche Herausforderung. Grundlegend für die Schaffung von Gleichberechtigung ist es, den Lebensunterhalt selbstständig verdienen und für sich selbst sorgen zu können.
- Eine Stärkung des Umweltverbundes und insbesondere eine Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV bieten die Chance, mobilitätseingeschränkten Personen Mobilität zu erleichtern und damit deren Teilhabe am sozialen Leben zu verbessern. Menschen, die dauerhaft oder temporär in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, sollen im öffentlichen Raum Bedingungen vorfinden, die funktional, gut gestaltet und ihren Möglichkeiten angepasst sind. Dabei sind altersgruppenspezifische Anforderungen verstärkt zu berücksichtigen.
- Auch unter Wachstumsbedingungen muss es ein Wohnungsangebot in Leipzig geben, in dem alle Menschen ihren Wünschen, Bedürfnissen und Anforderungen sowie materiellen Möglichkeiten entsprechend angemessenen Wohnraum finden können. Dies drückt sich in einem steigenden Bedarf an barrierearmen/barrierefreiem Wohnraum aus. Gleichzeitig wird es angesichts der steigenden Nachfrage mehr Menschen geben, die sich selbst nicht mit Wohnraum versorgen können und daher

Unterstützung durch eine soziale Wohnraumversorgung bedürfen.

- Der gesellschaftliche Zusammenhalt und der soziale Frieden werden durch die Inklusion gestärkt. Eine besondere Bedeutung kommt den Angeboten für Sport und zur Gesundheitsförderung sowie dem öffentlichen Raum als Begegnungsorten zu.

Handlungsprioritäten

Prävention und Nachteilsausgleich stärker in den Blick nehmen

Ziel ist, soziale Chancengerechtigkeit und Teilhabe durch Prävention und den Ausgleich von Nachteilen zu fördern. Dazu soll das Thema der Prävention in allen Fachplanungen im Sozialbereich einen höheren Stellenwert erhalten und z.B. die frühkindliche Prävention in Kitas, Familienberatungsstellen und bei den Hilfen zu Erziehung weiterentwickelt und stärker vernetzt werden. Leistungsvereinbarungen mit Trägern und die Förderung von Trägern werden dahingehend angepasst, dass präventive Angebote ein stärkeres Gewicht erhalten. Die spezifischen Bedarfe von benachteiligten Stadträumen stehen dabei im Fokus. Der Zugang zu Leistungen und Angeboten wird niedrigschwellig gestaltet, um allen Leipziger/-innen eine Inanspruchnahme zu ermöglichen.

Inklusive Bildungslandschaft ausbauen

Für die schulische Infrastruktur sind in verschiedenen Stadtteilen einzelne Förderschwerpunkte an Schulen zu installieren, so dass ein ausgewogenes Netz für eine inklusive Teilhabe im gesamten Stadtgebiet besteht. Nach der Novellierung des Sächsischen Schulgesetzes wird die Stadt Leipzig die Entwicklung von allgemeinen Schulen als Schwerpunktschulen für einen lernzieldifferenzierten Unterricht in Förderschwerpunkten prüfen.

Arbeit und Beschäftigung für alle unterstützen

Durch die Stadt Leipzig sind Unterstützungs- und Beratungsangebote sowohl für Arbeitnehmer/-innen als auch für Arbeitgeber/-innen zu stärken, um über Chancen, Möglichkeiten und Rahmenbedingungen bei Beschäftigung von Menschen mit sozialen Benachteiligungen zu vermitteln und somit den Zugang zum 1. Arbeitsmarkt und die Ausbildungsmöglichkeiten für alle zu verbessern.

Wohnen für alle

Im Rahmen einer Versorgung aller Menschen in Leipzig mit adäquatem Wohnraum bedürfen einzelne Nachfragegruppen, wie z.B. einkommensschwache Haushalte, Familien, Senioren/-innen und Menschen mit Behinderungen, besonderer Unterstützung. Mit verschiedenen Instrumenten wird daher der Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in allen Stadtgebieten unterstützt. Hierbei werden auch besondere Wohnformen, wie generationenübergreifende Ansätze, betreutes und kooperatives Wohnen sowie Wohngruppen, gefördert.

Barrierefreie Sport-, Freizeit- und Kulturangebote schaffen

Hohe Priorität haben barrierefreie oder -arme Bauweisen und Ausstattungen von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur. Des Weiteren gehört die Förderung von Inklusion und Teilhabe durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen dazu, wie beispielsweise die Förderung von gut ausgebildetem Personal.

Barrierefreie Mobilität fördern

Nachhaltige Mobilität für alle steht im engen Zusammenhang mit barrierefreier Mobilität. Wichtiger Handlungsschwerpunkt ist die Förderung eines barrierefreien ÖPNV, z. B. durch beschleunigten Ausbau barrierefreier Haltestellen und der Erhöhung der Verkehrssicherheit. Ein weiteres Potenzial besteht darin, das Bewusstsein für ein rücksichtsvolles Mobilitätsverhalten zu stärken (Kommunikation). Neben der Schaffung attraktiver Radverkehrsbedingungen sind auch die Bedürfnisse von Fußgängern (ältere Personen oder Personen mit einer Behinderung) hinreichend zu beachten, z. B. keine kombinierte Wegenutzung Fuß- und Radverkehr.

Barrierefreie Kommunikation ermöglichen

Mit der Erarbeitung spezieller Kommunikationstechniken können Websites und weitere Kommunikationsmittel barrierefrei gestaltet werden. Hier sollten neue Standards gesetzt werden, um den Zugang zu Informationen und Angeboten der Stadt und städtischer Einrichtungen über leichte Sprache, besser lesbare Texte, Zuhören, Gebärdensprache usw. zu öffnen.

Frühzeitige Beteiligung unterstützen

Intensive Beteiligungsprozesse sichern die frühzeitige Integration von Anforderungen an die Gestaltung des öffentlichen Raums, an Bauweisen und Gebäuden sowie an Mobilitätsangebote. Im Bereich Inklusion tätige Mitarbeiter/-innen mit entsprechenden Fachkompetenzen sollten bei der Planung als Experten einbezogen werden, um die Angebote und Einrichtungen nutzerorientiert zu entwickeln und so die Akzeptanz der Lösungen durch die Nutzerinnen und Nutzer zu erhöhen.

Geschlechtergerechtigkeit ressortübergreifend fördern

Eine wirkliche Gleichstellung von Frau und Mann ist nur dann zu erreichen, wenn die Analysen für die Stadtentwicklung Aussagen über die unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern und über geschlechtsspezifische Ungleichheiten enthalten und sich das kommunale Handeln durch eine Gleichstellungsorientierung kennzeichnet. Die spezifischen Bedarfslagen von Frauen und Männern z.B. im Hinblick auf Beschäftigung, Wohnen, Sicherheit, Zugang zu Dienstleistungen, Kultur, Bildung, familiäre Aufgaben werden in den einzelnen Fachplanungen auf Grundlage relevanter lokaler und sonstiger Daten angemessen berücksichtigt. Frühzeitig sind in Fachplanungen Expertinnen und Experten mit Genderkompetenz einzubeziehen.

3.2 Integration und Vielfalt

Die Gestaltung eines einvernehmlichen Zusammenlebens in einer ethnisch, kulturell und religiös immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft ist eine der größten Zukunftsaufgaben unter den Rahmenbedingungen kontinuierlicher Zuwanderung. Die Integration der Zugewanderten wird dann erfolgreich sein, wenn sie zur gleichberechtigten Teilhabe aller am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben führt. Gelingende Integration ist ein langwieriger, vielschichtiger und wechselseitiger Prozess – nach dem Grundsatz des Forderns und Förderns. Es ist dabei von besonderer Bedeutung, Integration und Vielfalt in der gesamten Stadtgesellschaft für ein gleichberechtigtes Zusammenleben anzustreben und Maßnahmen für den sozialen Zusammenhalt gegenüber Polarisierungstendenzen zu entwickeln. Sie ist zugleich aber auch eine vielfältige kulturelle und soziale Ressource sowie Grundlage der ökonomischen Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Stadt. 2011 wurden die Leitlinien zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig beschlossen, auf dessen Grundlage das Gesamtkonzept zur Integration erarbeitet und Ende 2012 beschlossen wurde. Das Integrationskonzept wird derzeit fortgeschrieben.

Integration und Vielfalt haben in folgenden Fachkonzepten eine besondere Bedeutung:

- Kommunale Bildungslandschaft
- Soziale Teilhabe
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Kultur
- Sport
- Wirtschaft und Arbeit
- Ordnung und Kommunale Sicherheitsinfrastruktur

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Erziehung und Bildung sind existenziell und können insbesondere für die Migrant/-innen und Geflüchtete eine Schlüsselrolle einnehmen. Dies betrifft unterschiedliche Bereiche, wie frühkindliche Bildung, Bildungszugänge, Spracherwerb und Studium.
- Speziell für die Gruppe der Migrant/-innen können Kunst, Kultur und Sport einen wichtigen Beitrag zur Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben leisten. Mit dem Zugewinn verschiedener Ethnien kann die kulturelle Vielfalt der Stadtgesellschaft wachsen.
- Mit der Förderung einer offenen, vielfältigen Stadtgesellschaft verknüpfen sich ausgezeichnete Chancen für Leipzigs Wettbewerbsfähigkeit. Sie unterstützt attraktive Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Gewinnung ausländischer Fachkräfte.
- Integration umfasst auch die unbedingte Förderung des Zugehörigkeitsgefühls von Zuwanderern in der Gesellschaft durch Toleranz, Akzeptanz und Wertschätzung. Diskriminierung und Fremden-

feindlichkeit müssen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft präventiv verhindert und konsequent bekämpft werden. Es gilt, das Bewusstsein dafür zu schärfen und die politische und demokratische Bildung dafür zu stärken.

- Integration schließt auch den Zugang zu den Angeboten der Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung ein. Insbesondere einzelne Migrantengruppen ohne rechtlichen Status oder ohne regulären Aufenthalt leben oftmals ohne medizinische Versorgung.
- Mit der politischen Teilhabe als wesentlichem Baustein der Integration ist die Förderung von Identifikation mit und Integration in die Gesellschaft verbunden.

Handlungsprioritäten

Ressortübergreifend handeln und stärker steuern

Mit dem Ziel, ein selbstbestimmtes Leben für Migranten/-innen zu ermöglichen, ist die Förderung von Integration und Vielfalt in Leipzig schon seit vielen Jahren ein wichtiges Handlungsfeld. Durch die aktuelle Dimension der Zuwanderung sind die Integrationsleistungen verstärkt als ressortübergreifende Aufgabe wahrzunehmen. Dies bedeutet aber gleichzeitig, dass es einer stärkeren Steuerung und Koordinierung des ressortübergreifenden Prozesses bedarf.

Integrative Arbeit sichern

Die Stadt Leipzig muss gute Rahmenbedingungen für integrative Projekte schaffen. Hierbei ist der dauerhafte Einsatz von ausreichenden Sprach- und Integrationsangeboten und und die Zurverfügungsstellung von Sprachmittlern in den Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu sichern. Weitere Maßnahmen bestehen in der kostengünstigen Bereitstellung von speziell darauf ausgerichteten Angeboten und in der umfassenden Sensibilisierung des pädagogischen Personals im Umgang mit sprachlich und kulturell heterogenen Lerngruppen. Auf kommunaler Ebene können durch Koordinierung, Vernetzung und Vermittlung der unterschiedlichen Integrations- und Sprachkurse der Zugang und die Nutzbarkeit der Angebote für die Migrant/-innen verbessert werden.

Willkommenskultur verbessern

Zur Verbesserung der Willkommenskultur in der Stadtverwaltung und den weiteren städtischen Institutionen ist die Unterstützung für Ausbildung, Studium und Berufseinstieg Zugewanderter auszubauen. Zur Erhöhung der Zufriedenheit ausländischer Studierender und Fachkräfte ist der Dialog mit ihnen so zu gestalten, dass umfassende, mehrsprachige Informationen zu rechtlichen Rahmenbedingungen und zu Qualifizierungsangeboten leicht zugänglich und verständlich sind, bürokratische Hürden abgebaut werden und kompetente Ansprechpartner in der Stadtverwaltung zur Seite stehen. Weiterhin ist zur Gewinnung neuer Ausbildungs- und Fachkräfte die Kooperation der relevanten Arbeitsmarktakteure, der Stadtverwaltung und den Migrantenvertretungen zu intensivieren. Zur Verbesserung der Kommunikation gehört die bedarfsgerechte langfristige finanzielle Absicherung des städtischen Sprach- und Integrationsmittlerdienstes. Die weitere interkulturelle Öffnung der Angebote und Dienstleistungen der Stadtverwaltung ist ebenfalls Bestandteil der angestrebten Willkommenskultur.

Sport- und Kulturangebote sowie soziale Angebote weiterentwickeln

Großes Integrationspotenzial liegt im Kultur- und Sportbereich, weil hierbei Menschen unterschiedlicher Herkunft durch gemeinsames Erleben zusammengebracht und Vorurteile abgebaut werden. Insbesondere auf der Ebene der Stadtteile ist der niedrigschwellige Zugang zu bedarfsgerechten Kunst-, Kultur- und Sportangeboten zu sichern und auszubauen.
Ziel ist, Angebote zur Integration von Anfang an, unabhängig von der Bleibeperspektive des Einzelnen und in allen Bereichen des Lebens anzubieten. Spezifische Angebote für Migrantinnen und Migranten sollen dabei auf die Anfangsphase beschränkt werden, vielmehr sollen soziale Regelsysteme und Angebote für Migrantinnen und Migranten zugänglicher gestaltet werden (interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiter/-innnen, mehrsprachige Informationen, Bedarf an kultursensiblen und interkulturellen Angeboten).

Sozialräumliche Integration fördern

In einigen Fällen weisen die Schwerpunktgebiete der integrierten Stadtteilentwicklung einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Migrant/-innen auf. Diese Gebiete bedürfen besonderer Unterstützung, um

Vielfalt und sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu sichern. Von Bedeutung sind in Anbetracht der schnell gewachsenen Bedarfe die Sicherung der notwendigen räumlichen, finanziellen und personellen Ressourcen sowie der erforderlichen Strukturen für Koordinationsausgaben in den Stadtteilen. Zur Umsetzung einer stadträumlichen Integrationspolitik sind fachübergreifende, integrierte Handlungskonzepte sowie sozialraumbezogenes Denken und Handeln in den Ämtern erforderlich. *Interkulturellen Dialog fördern und Diskriminierung bekämpfen*

Zum friedlichen Miteinander ist eine interkulturelle Verständigung notwendig, die in den Nachbarschaften, im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich stattfindet. Die Stadt kann die Vereine, Initiativen und Verbände bei ihren interkulturellen und interreligiösen Aktivitäten unterstützen. In Leipzig bestehen bereits vielfältige Ansätze, die sich mit der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung auseinandersetzen, wie z.B. die Ausgestaltung des 10-Punkte-Aktionsplans im Rahmen der ECCAR-Mitgliedschaft Leipzigs. Es gilt, diese Ansätze zu verstetigen und auszubauen sowie die verantwortlichen Träger gezielt zu beraten und zu begleiten.

Politische Teilhabe ermöglichen

Die Stadt Leipzig kann z. B. durch Einbürgerungskampagnen die Zahl der Wahlberechtigten oder durch gezielte Maßnahmen die Beteiligung der wahlberechtigten Migrant/-innen erhöhen und somit den Zugang zur politischen Teilhabe verbessern. Ein wichtiges Gremium stellt der Migrantenbeirat dar, den es zu stärken gilt. Zudem ist die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements von Migrant/-innen sowie ihrer Organisationen erforderlich.

3.3 Gesundheit

Die Schaffung und Sicherung gesunder Lebensverhältnisse in der Stadt ist ein zentrales kommunales Handlungsfeld und gleichzeitig Voraussetzung für körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Gesundheitsförderung ist dementsprechend Teil vieler Politikbereiche, öffentlicher Planungen und Entscheidungen. Sie kombiniert die Gestaltung gesunder Lebensverhältnisse, wie Wohn-, Arbeits- und Freizeitbedingungen mit Angeboten zur Entwicklung individueller Gesundheitskompetenzen.

Die Förderung einer gesunden Entwicklung und Sicherung einer gesundheitlichen Chancengerechtigkeit wird als gesamtstädtische Aufgabe betrachtet und gilt insbesondere in Stadtteilen mit schwierigeren demografischen und sozioökonomischen Entwicklungen als wichtige Herausforderung. So sind die Gesundheitsbelange und die Gesundheitsförderung feste Bestandteile der Leipziger integrierten Stadtteilentwicklung. Im Rahmen der Mitgliedschaft im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland werden in Leipzig tragfähige Strukturen der Gesundheitsförderung sowie zur gesundheitsbezogenen Selbsthilfe weiterentwickelt und konkretisiert.

Das Querschnittsthema Gesundheit hat in folgenden Fachkonzepten eine besondere Bedeutung:

- Kommunale Bildungslandschaft
- Energie und Klimaschutz
- Freiraum und Umwelt
- Nachhaltige Mobilität
- Ordnung und kommunale Sicherheitsinfrastruktur
- Soziale Teilhabe
- Sport

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Gesundheit spielt eine besondere Rolle in der Freiraum- und Umweltentwicklung, weil Umweltfaktoren (Umweltbelastungen) und Freiraumverfügbarkeit (z. B. Bewegungs-, Erholungsraumangebot) einen hohen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge und zum Wohlbefinden leisten. Umweltbedingungen stellen wesentliche Einflussgrößen für die menschliche Gesundheit dar. Schnell erreichbare, qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichend verfügbare Freiräume bilden das niedrigschwellige Angebot, um die Gesundheit von Menschen positiv zu befördern.
- Im öffentlichen Straßen- und Verkehrsraum stellen die Gesundheitsbelastung durch Luftschadstoffe

und Lärm sowie die Verkehrssicherheit und deren Auswirkungen auf die Gesundheit zentrale Herausforderungen dar.

- Da Bewegung und Sport anerkannte Mittel zur Gesundheitsförderung und Prävention sind, muss eine niedrigschwelliger und wohnortnaher Zugang zu . ausreichenden zielgruppengerechten Sport- und Bewegungsangeboten gewährleitet sein. Dies betrifft u. a. infrastrukturelle Voraussetzungen für Sportstätten und -anlagen, Spielräume und Bolzplätzen, Vereins- und Schulsport sowie Angebote im öffentlichen Raum.
- Ein weiterer Bestandteil der Gesundheitsförderung ist eine ausgewogene und vielseitige Ernährung. Dies betrifft insbesondere die Versorgung und Verpflegung mit gesunden Lebensmitteln z. B. in Kitas, Schulen, sozialen Einrichtungen sowie den Zugang zu regionalen, gesunden Produkten im Quartier (Wochenmarkt).
- Über soziale und kulturelle Einrichtungen sowie Bildungseinrichtungen können niedrigschwellige und passgenaue Beratungsmöglichkeiten zur Gesundheitsförderung angeboten werden. In der Erwachsenenbildung liegt ein großes Potenzial in zielgruppenorientierten präventiven Angeboten, wie Kurse zur gesunden Ernährung oder Entspannung, die einen wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsförderung leisten.

Handlungsprioritäten

Freiräume sichern und vernetzen

Für die Gesundheitsförderung sind die Freiräume in ihren sozialen und gesundheitsrelevanten Funktionen zu sichern und zu entwickeln. Daraus ergeben sich Schwerpunkte im unmittelbaren Wohnumfeld (Höfe, Straßen), bei der Freiraumvernetzung und in der Barrierefreiheit. Die Schwerpunkträume liegen in den dicht bebauten Quartieren, in denen der Freiraumanteil unterdurchschnittlich ist bzw. die Erreichbarkeit sich schwierig gestaltet (weniger Freiraum, mehr Umweltbelastungen). Kleingartenanlagen bieten als Versorgungs- und Erholungsfläche einen großen sozialen Mehrwert.

Luftqualitäten verbessern, Lärmemissionen vermindern

Als ein Handlungsschwerpunkt stehen die städtischen Bereiche im Fokus, in denen Bewohner durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind, gesundheitliche Nachteile durch Luftschadstoffe und Lärm zu erleiden. Häufig kommt bei sozial benachteiligten Menschen aufgrund des Wohnstandortes ein durch Kfz-Verkehr bedingtes höheres gesundheitliches Risiko hinzu (Mehrfachbelastungen).

Nachhaltige Mobilität ist so zu gestalten, dass sowohl Gesundheitsgefahren im Verkehr, als auch durch Lärm- und Schadstoffemissionen des Verkehrs verursachte Belastungen für die Gesundheit minimiert werden (Einhaltung Grenzwerte/Unterschreitung Auslösewerte). Die Stärkung von nichtmotorisierten Verkehrsarten im Modal Split hat daher den doppelten Nutzen einer gesünderen, bewegungsorientierten Lebensweise und einer Minderung der verkehrsbedingten Emissionen sowie die Vermeidung weiterer Inanspruchnahme von Freiräumen. Die Förderung des Gesundheitsbewusstseins bei der Verkehrsmittelwahl zugunsten des Rad- und Fußverkehrs sowie eine Verbesserung der Verkehrssicherheit tragen somit zu einer nachhaltigen Mobilität bei.

Sport- und Bewegungsangebote weiterentwickeln

Der wohnungsnahe Zugang zu Bewegungs- und Breitensportangeboten hat eine große Bedeutung für das Thema Gesundheit. Neben dem Ausbau der erforderlichen Sporteinrichtungen gehört auch die bewegungsfreundliche und -anregende Gestaltung des öffentlichen Raumes (Walkability). Zudem sind die Sportvereine durch die Stadt Leipzig dabei zu unterstützen, mit gut qualifizierten Übungsleiter/-innen in ausreichender Anzahl niedrigschwellige, anforderungsgerechte Angebote zu entwickeln sowie deren Öffentlichkeitsarbeit zur Zielgruppenansprache zu verbessern.

Gesundheitsförderung und Prävention stärken

Über einen lebensweltorientierten, partizipativen Handlungsansatz sind auf Quartiersebene, z. B. direkt in Schulen, Kitas, Familienzentren, Vereinen sowie Behinderten- und Senioreneinrichtungen, niedrigschwellige, bedarfsorientierte und inklusive Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention bereitzustellen, zu Themen wie Ernährung, Bewegung, Sucht, Training sozio-emotionaler Kompetenzen

und seelisches Wohlbefinden. Räumliche Schwerpunkte bilden - im Sinne der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit - benachteiligte Quartiere.

Es sollte geprüft werden, ob die Sportförderrichtlinie der Stadt Leipzig dahingehend angepasst werden kann, dass niedrigschwellige Angebote der Bewegungsförderung für Kinder- und Jugendliche stärker berücksichtigt werden.

3.4 Digitale Stadt

Mit der Entwicklung und Einführung digitaler Informations- und Kommunikationsnetze werden die unterschiedlichen städtischen Systeme mit gänzlich neuen Qualitäten miteinander vernetzt. Die globalen Trends berühren alle Lebensbereiche sowie alle Verwaltungsteile, wie z. B. Mobilität, technische Infrastruktur, Gewerbe, verwaltungsinterne und -externe Kommunikation, Bildung, Schulen und Bibliotheken. So eröffnen sich viele neue Möglichkeiten einer nachhaltigen, kooperativen Stadtentwicklung: sie können sowohl zu einer Steigerung der Resilienz und der Ressourceneffizienz - mit positiven Wirkungen für den Klimaschutz – genutzt werden als auch zu einer Steigerung der Lebensqualität in der Stadt, der Qualität der städtischen Dienstleistungen und der Teilhabe und Kommunikation. Bezogen auf das Handlungsfeld Digitalisierung ist es das Ziel, gesamtstädtische Strategien (z. B. E-Governance, Umgang mit öffentlichen Daten, Bürgerbeteiligung) zu entwickeln, die zur Gestaltung einer effizienten, sozial inklusiven und technologisch innovativen Stadt beitragen.

Für Städte wie Leipzig ist es von großer Bedeutung, frühzeitig die räumlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Chancen sowie Risiken der Digitalisierung zu erkennen. Hierfür nimmt Leipzig beispielsweise am EU-Projekt Triangulum teil, bei dem Ansätze der Smart City u. a. im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) untersucht werden.

Die Auswirkungen der Digitalisierung haben in folgenden Fachkonzepten eine besondere Bedeutung:

- Wirtschaft und Arbeit
- Energie und Klimaschutz
- Nachhaltige Mobilität
- Kommunale Bildungslandschaft
- Hochschulen und Forschungseinrichtungen
- Kultur

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Die Digitalisierung betrifft alle Bereiche der wirtschaftlichen Entwicklung. Mit ihr verbindet sich ein hohes Entwicklungspotenzial zur Unterstützung von Innovationen, neuen Produkten und Dienstleistungen. Sie ermöglicht auch eine effizientere und flexiblere Nutzung der vorhandenen Ressourcen, womit weitere Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitsplätze verbunden sind.
- Konsequenter Klimaschutz wird von den drei Säulen Energieeinsparung, Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien getragen. Klimagerechte Quartiere sind ein zentraler Baustein auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt, denn dort werden diese Säulen vor Ort umgesetzt und mittels neuer Technologien miteinander vernetzt. In Zukunft wird es möglich sein, dass ein quartierweites Energienetz alle Anwohner dank „smarter“ Steuerung, flexibler Energiespeicher und kleinteiliger Kraftwerke (BHKW) autark mit Strom und Wärme versorgt.
- Die Stärkung der nachhaltigen Mobilität ist unmittelbar mit der Förderung einer intelligenten Mobilität (smart mobility) verknüpft. Es sollen die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, um einerseits auf der Netzebene Effizienzsteigerungen durch ein intelligentes Mobilitätsmanagement zu erreichen. Andererseits können sie auf der Nutzerseite zur Verknüpfung verschiedener Mobilitätsformen, zur Stärkung des Umweltverbundes und zur Steigerung der Angebotsqualität insgesamt beitragen, in dem digitale Verkehrsinformationssysteme, Mobilitätsberatung und neue Mobilitätsdienstleistungen eingesetzt werden. Die Veränderungen im Wirtschaftsverkehr stellen neue Anforderungen an die Citylogistik. Die Anforderungen des autonomen Fahrens an die technische Infrastruktur sind konzeptionell einzubinden.
- In der kommunalen Bildungslandschaft spielen vor allem der Ausbau und die Anpassung der (tech-

nischen) Infrastruktur und die Bedeutung von neuen Medien in der Lehre (von der frühkindlichen Bildung bis zur Seniorenbildung) eine immer stärkere Rolle. Lernformate, wie E-Learning oder „blended learning“, bieten vielfältige neue Möglichkeiten zur Teilhabe an verschiedenen Bildungsangeboten und können Menschen Zugang zu Bildung bieten, die sonst vom Bildungssystem nur schwer erreicht werden.

- Neue Forschungsfragen und Entwicklungsbedarfe ergeben sich aus der Digitalisierung bei der Datenhaltung und bei neuen Sicherheitsanforderungen. Hier besteht ein steigender Bedarf der Stadt Leipzig zur Kooperation mit Forschungseinrichtungen zur Entwicklung von städtischen Lösungen, zur Qualifizierung und zum Kompetenzaufbau. Gleichzeitig liegt hierin ein großes Potenzial für die lokale Wirtschaftsförderung zur Stärkung von forschungs- und innovationsaffinen Wirtschafts-Clustern.
- Die Digitalisierung der Stadt entfaltet eine räumliche Wirkung: sie zeigt sich über die Veränderung der Nutzung des öffentlichen Raums aufgrund geänderter Arbeits- und Freizeitmodelle, über veränderte Wohnformen bis zu dem sich durch die verstärkten Online-Angebote wandelnden Einzelhandel in den Stadtteilen. Es ergibt sich der Bedarf, die stadtstrukturelle Wirkung der Digitalisierung zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung von Funktionen und Strukturen zu erforschen und konzeptionelle Entwicklungsaussagen zu treffen.
- Digitale Informations- und Beteiligungsplattformen, wie gemeinsam nutzbare Datenplattformen, Chats, soziale Netzwerke usw., werden als Chance für neue Wege der Kooperation, Kommunikation und Partizipation gesehen. Dabei muss aber eine "digitale Spaltung" der Gesellschaft bzw. der Ausschluss von Bürger/-innen vermieden werden, die diese Technologien nicht nutzen.
- Mit Hilfe digitaler Medien kann die Außendarstellung und Vermarktung sozialer, kultureller, wissenschaftlicher, sport- und freizeitbezogener Angebote sowie die Willkommenskultur in der Stadt durch moderne und barrierefreie Internetauftritte verbessert werden.

Handlungsprioritäten

Digitalisierungskonzept und -strategien für alle Handlungsbereiche der Verwaltung entwickeln

Ausgehend vom vernetzenden Aspekt der Digitalisierung sind die spezifischen Ziele je Dezernat zusammenzuführen sowie interne und externe Handlungsschwerpunkte im fachübergreifenden Ansatz abzuleiten, unter der Berücksichtigung raumstruktureller Auswirkungen der verschiedenen Funktionsbereiche, wie Wohnen, Gewerbe, Versorgung, soziale Infrastruktur und Mobilität. Hieraus sind umsetzungsorientierte Maßnahmen zu entwickeln, die als Testfelder zukünftige IKT-Lösungen bzw. -Technologien erproben und die Akzeptanz dieser Lösungen verbessern. Die Erarbeitung eines Digitalisierungskonzeptes schließt auch die Themen Datensicherheit, Datenschutz sowie Kommunikation und Partizipation mit ein.

Infrastrukturen schaffen und Dienstleistungen ausbauen

Die Nutzung der Chancen, die mit der Digitalisierung für Wirtschaft, Energie und Klimaschutz, nachhaltige Mobilität und Bildung verbunden sind, erfordert flächendeckende Breitbandinfrastrukturen, Sensorensysteme sowie leistungsfähige Hardware-Ausstattungen. Für die Integration neuer Mobilitätsformen (autonomes Fahren, stärkere multimodale Verknüpfung) und Verkehrssteuerungsmöglichkeiten sollten frühzeitig Anforderungen und Wirkungszusammenhänge in Entwicklungskonzepte eingebunden werden. Der Ausbau und die Nutzung digitaler Strukturen und Angebote sowie ein offener dauerhafter Innovationsprozess zur Digitalisierung müssen intensiviert werden. Auf Quartiersebene können dabei Modellvorhaben zur qualifizierten Vorbereitung einer gesamtstädtischen Umsetzung erprobt werden.

Medien- und Vermittlungskompetenzen fördern

Insbesondere im Bildungs-, Weiterbildungs- und Hochschulsektor stellen die Vermittlung von Medienkompetenzen in verschiedenen Altersgruppen und Bevölkerungsgruppen sowie die Anpassung von Lehrplänen zentrale Handlungsschwerpunkte dar. In der Jugendhilfe geht es insbesondere um zielgruppenorientierte Fortbildungen für Erzieher und Angebote für Jugendliche zum Umgang mit Medien und sozialen Netzwerken, auch zusammen mit Schulen und Horten

Kommunikation und Beteiligung verbessern

Zur Optimierung der digitalen Zugänge und zur besseren Vermittlung von städtischen Dienstleistungsangeboten sind die Internetpräsenzen zeitgemäß, ansprechend und barrierefrei zu gestalten. Mit Unterstützung digitaler Medien und sozialen Netzwerken können hierbei neue Beteiligungsformate entwickelt und Netzwerke initiiert bzw. ausgebaut werden. Hierbei ist davon auszugehen, dass seitens der Bevölkerung Anforderungen an die Servicequalität und Mitwirkungsmöglichkeiten weiterhin deutlich steigen werden und eine aktive Rolle von Politik und Verwaltung eingefordert wird. Digitaler Raum ersetzt dabei nicht die analogen Kommunikationsräume. Entscheidend sind die Sicherung des Zugangs zur digitalen Kommunikation und die Einbindung auch nicht-technikaffiner Bürgerinnen und Bürger, so z. B. die Berücksichtigung der Digitalisierung in Inklusionskonzepten. Von zentraler Bedeutung bleibt ein niedrigschwelliger bzw. zielgruppenorientierter Zugang, der über Open-Source-Daten, offenes WLAN und benutzerfreundliche Bedienung erreicht werden kann.

3.5 Baukultur und öffentlicher Raum

Baukultur umfasst das Bauen selbst sowie den Umgang mit gebauter Umwelt. Sie beinhaltet Architektur, Ingenieurbauleistungen, Stadt- und Regionalplanung, Landschaftsarchitektur, Denkmalschutz sowie die Kunst am Bau und im öffentlichen Raum. Da baukulturelle Wirkung sowohl von der Gestaltung von öffentlichen als auch von privaten Räumen und Gebäuden ausgeht, kann Baukultur sich nur entfalten, wenn alle an Planung und Bau Beteiligten aktiv zusammenwirken und die gesamte Gesellschaft Verantwortung für ihre gebaute Umwelt und deren Pflege übernimmt.

Mit überdurchschnittlich vielen Baudenkmälern insbesondere aus der Gründerzeit verfügt Leipzig über ein großes baukulturelles Erbe. Aus der Identifikation der Bürgerschaft mit diesem Erbe, der vorhandenen Qualität des öffentlichen Raums und des Stadtbilds, resultiert ein Interesse an der Gestalt der Stadt und an der Baukultur insgesamt. Vor dem Hintergrund des starken Wachstums darf die Sensibilität für lokale Traditionen, städtebauliche und architektonische Qualität und die Aufmerksamkeit für den öffentlichen Raum nicht verlorengehen. Der historische Charakter der Innenstadt bzw. der Stadtteile soll bewahrt und entsprechend den aktuellen Anforderungen durch zeitgenössische Formen weiterentwickelt werden.

Aspekte zum Thema Baukultur und öffentlicher Raum sind insbesondere in folgenden Fachkonzepten enthalten:

- Wohnen
- Freiraum und Umwelt
- Nachhaltige Mobilität
- Ordnung und Kommunale Sicherheitsinfrastruktur
- Kultur
- Sport
- Soziale Teilhabe
- Energie und Klimaschutz

Zentrale Themen und Herausforderungen

- Im Zuge steigender Nachfrage kommt es zu Verdichtungen auf unterschiedlichen Ebenen: Baulücken und Brachen werden bebaut, die Bebauung wird insgesamt dichter werden und eine kleinteiligere Nutzungsmischung soll erfolgen. Bei alldem sind baukulturelle, d.h. architektonisch, städtebaulich und funktionell hochwertige Lösungsansätze erforderlich, um mit dem Verdichtungsprozess gestalterische und identifikationsstiftende Qualitäten für die umgebenden Quartiere zu ermöglichen. Dies kann durch Kunst am Bau oder Kunst im öffentlichen Raum unterstützt werden.
- Durch gesetzliche Vorgaben, steigende Baupreise und steigenden Marktdruck wird die Sicherung städtebaulicher und architektonischer sowie ästhetisch-baulicher Qualität bei gleichzeitigen Anforderungen an die Bezahlbarkeit z.B. bei öffentlichen Bauten oder von Wohnraum, zur Herausforderung. Aufgrund der physischen und zeitlichen Beständigkeit gebauter Umwelt werden jedoch bleibende Werte geschaffen, die als Äußerung einer guten oder schlechten Baukultur das Image der Stadt prägen und für die darum alle, die an Planung und Bau beteiligt sind, Verantwortung tragen.

- Für den Erhalt der Lebensqualität wird bei allen baulichen Entwicklungen von Bedeutung sein, den Stadtkörper im Sinne einer doppelten Innenentwicklung zu betrachten, d.h. parallel zur baulichen Verdichtung auf eine ausreichende und qualitativ angemessene Freiraumversorgung zu achten. Gleichzeitig muss mit der Gestaltung des öffentlichen Raums und der städtebaulichen Struktur ausgleichend auf die Auswirkungen des Klimawandels und weitere städtische Umweltbelastungen reagiert werden.
- Durch die wachsende Bevölkerung und bauliche Nachverdichtung nimmt die Nutzungsintensität des öffentlichen Raums zu. Dies führt zu mehr Nutzungskonflikten, steigenden Pflegekosten und der Frage nach Erweiterungsmöglichkeiten des öffentlichen Raums.
  Mit der intensiveren Nutzung des öffentlichen Raums sinkt die Akzeptanz für Personen mit abweichenden bzw. als störend empfundenen Verhaltensweisen. Es gilt, den öffentlichen Raum als sozialen Raum so zu gestalten, dass er für alle zugänglich, adäquat nutzbar, barrierefrei, sicher und sauber bleibt und dabei Privatisierung und Ausgrenzung vermieden werden.
- Neue Mobilitätsformen, wie Sharing, Elektromobilität, (teil)autonomes Fahren, konkurrieren im öffentlichen Raum mit herkömmlichen Nutzungen um verfügbare Flächen, leisten aber auch einen wichtigen, öffentlichkeitswirksamen Beitrag, um nachhaltiges Mobilitätsverhalten zu fördern.
- Trotz der Zunahme von politischen, diskursiven und symbolischen Aktivitäten der Gesellschaft im virtuellen Raum, verliert der öffentliche Raum nicht seine Funktion als politischer Raum und realer Begegnungsort. Vielmehr müssen öffentliche Räume zukünftig flexibler auf wechselnde gesellschaftspolitische Ansprüche reagieren können. Die Gestaltung des öffentlichen Raumes (z.B. durch Kunst im öffentlichen Raum/am Bau) kann die Reflexion und Auseinandersetzung mit geschichtlichen Ereignissen und aktuellen Prozessen sowie das soziale Aneignen dieser Räume positiv beeinflussen.
- Angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen für Baukultur und öffentlichen Raum reichen vorhandene Konzepte, Instrumente sowie Arbeitsstrukturen nicht aus, um eine qualitätsvolle, leipzig-typische Baukultur im privaten und öffentlichen Raum zu sichern.

Handlungsprioritäten

Erarbeitung Leitbilder für Baukultur und Öffentlichen Raum

Zu den Themen Baukultur (inklusive Denkmalpflege) sowie öffentlicher Raum in Leipzig sollen übergreifende Leitbilder entwickelt werden, die Aussagen zu Strategien, Qualitätsanforderungen, Instrumenten, Maßnahmen und Lösungsansätze enthalten. In der Verwaltung sind Zuständigkeiten für die Aufstellung und Koordination der Leitbilder sowie für daraus folgende Handlungskonzepte zu regeln, wie z.B. Gestaltungssatzungen, bauliche Standards, Gesamtstrategie für Stadtplätze, Werbesatzung und Masterpläne zu stadtgebietsübergreifenden Freiraumthemen (u. a. Licht). Eine Strategie und Richtlinie Kunst im öffentlichen Raum und Kunst am Bau bei kommunalen Bauvorhaben wird erarbeitet.

Planungskultur und Prozessqualität sichern, Baukultur „leben“

Baukultur ist ein Aspekt der Planungskultur. Die Stadtverwaltung übernimmt als Bauherr eine baukulturelle Vorbildfunktion. Für kommunale und private Bauvorhaben sind jeweils gestalterische Qualitätsmerkmale sowie geeignete Instrumente zur Qualitätssicherung zu entwickeln. Dies kann z.B. im Rahmen der regulären Bauberatung mit Ergänzung der architektonisch-gestalterischen Aspekte erfolgen. Das Gestaltungsforum übernimmt eine besondere Verantwortung für stadtbildprägende Vorhaben. Die o.g. Richtlinie sowie das Sachverständigenforum „Kunst im öffentlichen Raum“ unterstützt die Umsetzung und Qualitätssicherung von „Kunst am Bau“.

Ressortübergreifend und frühzeitig handeln

Ein höherer Stellenwert von Baukultur soll erreicht werden, indem die Kooperation der Akteure bereits bei der Klärung der Aufgabenstellung beginnt ("kluge Phase Null") und den gesamten Planungsprozess andauert.

Dialoge über Baukultur führen

Öffentlichkeitswirksame, kommunikative Planungsformen sollen verstärkt genutzt werden, um Baukultur im Dialog zu leben, z. B. durch konkurrierende und Workshopverfahren, Zusammenarbeit mit Hoch-

schulen, Kammern, Verbänden und der Bundesstiftung Baukultur, baukulturelle Fortbildung der Akteure und Bildung eines Netzwerks Baukultur. Relevante Themen wie z.B. eine angemessene, verträgliche Innenentwicklung oder kostengünstiges und dennoch baukulturell hochwertiges Bauen sollen zwischen Verwaltung, Politik, Akteuren und Stadtgesellschaft diskutiert werden und in entsprechenden Festlegungen für das Verwaltungshandeln münden.

Kostengünstiges, baukulturell hochwertiges Bauen fördern

Um Bezahlbarkeit vor allem beim Wohnungsneubau bei gleichzeitiger Berücksichtigung baukultureller Qualitäten zu sichern, werden eine intensive Auseinandersetzung und der Erfahrungsaustausch mit Wohnungsmarktakteuren initiiert. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft sollen Modelle kostengünstigen, qualitätsvollen Bauens entwickelt und realisiert werden.

Historische Ortslagen als Nukleus der Ortsteilentwicklung sichern und erschließen

Leipzig verfügt über viele historische Ortslagen, die sich durch ihre städtebaulichen Besonderheiten von den gründerzeitlichen Vorstädten abheben. Sie verfügen zudem über Flächenpotenziale, die es unter Wahrung des Charakters behutsam zu entwickeln gilt.

Öffentlicher Raum und Doppelte Innenentwicklung verbinden

Der öffentliche Raum soll funktional und – wo möglich – flächenhaft, z.B. auf Brachflächen und neuen Entwicklungsflächen, erweitert werden. Maßnahmen sind z. B. und Stadtteilparks; Mehrfachnutzungen, Zwischenspeicherung von Regenwasser („Wasserparkplätze“), Klimakomfortinseln, Umsetzung des Straßenbaumkonzepts und Weiterentwicklung zum Stadtbaumkonzept. Um diesen steigenden Anforderungen gerecht zu werden, sollten entsprechende Planungen durchgeführt sowie ausreichende Ressourcen für Pflege und Instandhaltung berücksichtigt werden.
Die Qualifizierung der öffentlichen Räume muss durch Zielsetzungen bzw. Definitionen einer angemessenen, verträglichen Dichte der Stadtstruktur und ihrer Gestaltung flankiert werden.

Öffentlichen Raum als inklusiven Ort erhalten

Die Anforderungen benachteiligter und (mobilitäts-)eingeschränkter Personen sollen im öffentlichen Raum berücksichtigt werden („Design für alle“). Eine inklusive Infrastruktur im öffentlichen Raum ist für alle Menschen zugänglich, unabhängig von ihren individuellen Merkmalen. Die Stadt wird in geeigneten Formaten die Akzeptanz von unterschiedlichen Nutzungen und Verhaltensweisen im öffentlichen Raum stadtgesellschaftlich neu aushandeln, Wege zur Konfliktlösung suchen und umsetzen. Der Abschottung und Privatisierung des öffentlichen Raums soll z. B. durch offene Freisitzgestaltung oder Erhalt der Durchlässigkeit von Großwohnsiedlungen begegnet werden.

Magistralen als Imagebildner entwickeln

Die Neuorganisation von Verkehrsräumen einer wachsenden Stadt soll als baukulturelle Aufgabe mit dem Ziel der Vitalisierung des öffentlichen Raumes begriffen werden. Durch die Gestaltung individueller Orte können positive Impulse bei der Magistralenentwicklung gesetzt werden. Gebäudeseitig kommt der Sicherung einer gewerblichen Erdgeschosszone eine Schlüsselrolle zu, die einen positiven und direkten Einfluss auf die Belebung des öffentlichen Raumes hat.

3.6 Brachflächenrevitalisierung

Leipzig hat als Folge des Strukturwandels nach wie vor eine große Anzahl an Brachflächen[1]; sie nehmen eine Fläche von ca. 990 ha und damit die Größe von fast 1.400 Fussballfeldern ein. Dies entspricht ca. 3,3 % der gesamten Stadtfläche (Juni 2017). Brachen können neben der Wohnraumbereitstellung einen wichtigen Beitrag zur bedarfsgerechten Versorgung mit Flächen für Bildungsstandorte, Erholung, Freiraum, Gewerbe, Hochwasserschutz und Verkehr leisten. Zugleich helfen sie, die natürlichen Lebensgrundlagen in Leipzig zu erhalten und eine vorsorgende Klima- und Umweltpolitik zu unterstützen. Den Brachflächen kommt damit als Flächenpotenzial in allen räumlichen Planungen Leipzigs eine hohe Bedeutung zu. Dementsprechend spielt das Querschnittsthema Brachenrevitalisie-

[1] Als Brachen werden hier ungenutzte Flächen verstanden, unabhängig von ihrer Vornutzung, Größe und Eigentumsverhältnissen. In begründeten Einzelfällen werden auch stark unternutzte Flächen als Brachflächen erfasst.

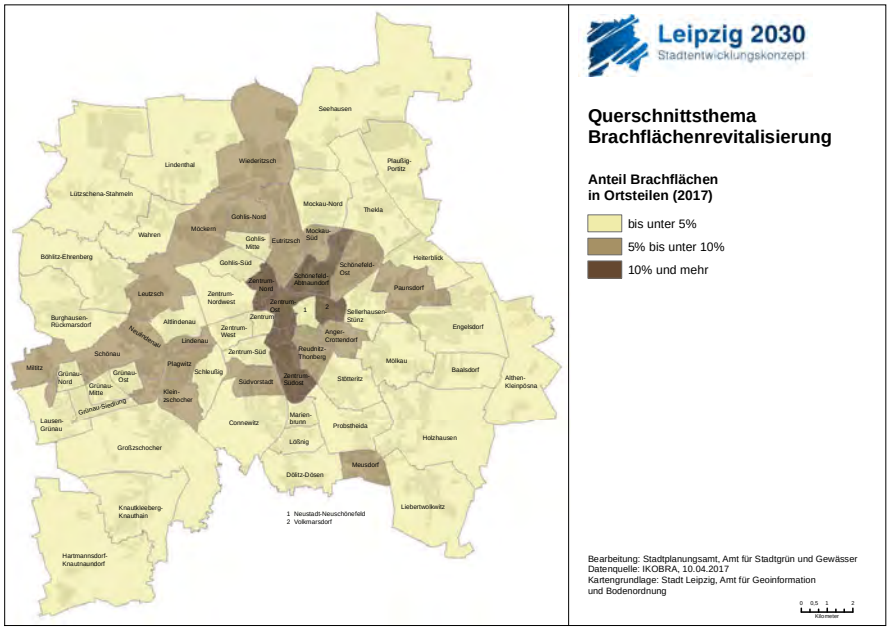
rung in fast allen Fachkonzepten des INSEK eine besondere Rolle.

Grundlegende Prinzipen der Stadtentwicklung in Leipzig sind die „Innen- vor Außenentwicklung“ und die Doppelte Innenentwicklung. Mit dem Querschnittsthema Brachenrevitalisierung werden dieses Prinzipien noch besser in die Stadtentwicklungsstrategie integriert und ein weiterer Schritt in Richtung ganzheitlicher Flächenstrategie getan. Damit folgt die Stadt Leipzig den Strategien des Bundes und des Freistaates Sachsens zur deutlichen Senkung der Flächeninanspruchnahme bis 2020. Zugleich ist die Verankerung der Brachenrevitalisierung im INSEK Zuwendungsvoraussetzung für die Strukturfondsperiode 2014-2020.

Die Aufgabe des Brachflächenmanagements ist im Amt für Stadtgrün und Gewässer angesiedelt. Hier wird auch die ämterübergreifende Arbeitsgruppe AG Flächenmanagement geleitet. In der AG werden sowohl Strategien, innovative Methoden und Lösungswege zum Thema erarbeitet als auch Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Flächen diskutiert.

Zentrale Themen und Herausforderungen

Die räumliche Konzentration von Brachflächen zieht eine Häufung städtebaulicher Missstände und Umweltbelastungen nach sich. Die räumliche Verteilung der brachliegenden Flächen schwankt zwischen den Ortsteilen, höhere Konzentrationen liegen oft in benachteiligten Stadtquartieren.



Die damit verbundenen Probleme sollten verringert und die Brachflächen zugleich als Potenzial verstanden werden, welches diesen Räumen vielfältige Entwicklungsoptionen bietet.

In einigen Fachbereichen besteht ein hoher, z.T. kurzfristiger Bedarf an Flächen und/oder Gebäuden. Das betrifft insbesondere den Bau von Schulen bzw. Kitas, der als Kommunale Pflichtaufgabe vordringlich zu bearbeiten ist. Es werden hierfür oft Flächen im dichten urbanen Kern von Leipzig gesucht. Folglich kommen Brachflächen als potenzielle Standorte in Betracht und sollten unbedingt berücksichtigt werden.

Als wachsende Stadt rückt neben der verstärkten baulichen Nachnutzung der Brachen die Freiraumnutzung wieder verstärkt in den Fokus. Zum einen gehen Freiräume durch die intensivere bauliche Entwicklung verloren, die sowohl zur Erholung als auch für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wichtig sind. Zum anderen gibt es einen großen Bedarf an Kompensationsflächen für bauliche Eingriffe, z.B. für die Industrieentwicklung im Leipziger Nordraum.

Eine große Herausforderung stellt der hohe Anteil an Brachflächen in Privateigentum dar (nur ca. 15% der Flächen befinden sich im kommunalen Eigentum), da der Zugriff auf die Flächen dadurch oft kompliziert und eine Nachnutzung im Sinne der Stadtentwicklungsziele erschwert wird.

Handlungsprioritäten

Lebensqualität erhalten und verbessern

Brachflächen sollen dazu genutzt werden, die Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern. Dafür werden sie im Sinne der Doppelten Innenentwicklung als bauliches und Freiraumpotenzial sowie klimatisches Potenzial genutzt. Basis hierfür ist ein flächensparendes Bodenmanagement.

Strategische Liegenschaftspolitik

Die wachsende Konkurrenz um die Nachnutzung der Brachflächen vor allem in der inneren Stadt erfordert eine vorausschauende, fachübergreifende Strategie im Umgang mit diesen Flächen. Hierfür ist das aktive Flächenmanagement in die Lage zu versetzen, langfristig planen zu können. Das gilt insbesondere mit Blick auf große Brachenareale, die nach wie vor in Größenordnungen vorhanden sind, und deren Revitalisierung komplexe und äußerst schwer zu finanzierende Prozesse sind. Die Berücksichtigung der Flächenmanagementaufgaben im städtischen Haushalt und die unterstützende Akquise von Fördermitteln sind notwendig. Deshalb ist oft eine frühzeitige und intensive Einbeziehung der (privaten) Eigentümer erforderlich bzw. sollte bei Bedarf auch ein strategischer Flächenerwerb in Betracht gezogen werden.

Setzung räumlicher Schwerpunkte

Zentrales Element einer Flächenstrategie ist das Setzen räumlicher Schwerpunkte, um die Arbeit im Brachflächenmanagement auf die relevanten Flächen zu lenken. Grundsätzliche Schwerpunkte für die Brachenrevitalisierung ergeben sich durch die Schwerpunkträume der Stadtentwicklung des INSEK und durch das erhöhte Vorkommen von Brachflächen im Leipziger Osten, in einigen Teilen des Nordens und den ehemaligen Industriegebieten im Leipziger Westen. Das Querschnittsthema Brachenrevitalisierung enthält als Anlage eine Flächenübersicht wichtiger Brachen in den Schwerpunktgebieten der Stadtentwicklung sowie bedeutende Solitärstandorte. Aus dieser Flächenübersicht werden Flächen zur Beantragung von Förderungen zur Brachflächenrevitalisierung ausgewählt. Diese Liste soll bei Bedarf fortgeschrieben werden.

Weiterentwicklung Brachflächenmanagement

Das vorhandene Brachflächenmanagement sollte schrittweise optimiert und an aktuelle Bedarfe angepasst werden. Hierzu gehören u. a. die Verbesserung der verwaltungsinternen Abläufe, die Verzahnung relevanter Arbeitsgruppen sowie die stärkere Berücksichtigung der Brachflächen im strategischen Flächenerwerb und dementsprechend auch in der mittelfristigen Haushaltsplanung. Des Weiteren ist das System der Stadt Leipzig zur Brachflächenerfassung und -verwaltung IKOBRA) stetig anzupassen und weiterzuentwickeln. Dabei soll die Zusammenarbeit mit den Umlandkommunen ausgebaut und gemeinsame Fördermittelprojekte, wie z.B. LUMAT, umgesetzt werden.

(Anlage: Flächenübersicht)

Lfd. Nr.	Lage (optional Bezeichnung)	OT-Nr.	OT-Name	Gemarkung	Flurstück(e)	Größe (in ha)	Hinweise Nachnutzung (Darstellung FNP)	Eigentum
1	Kurt-Schumacher-Straße 6 (Freiladebahnhof West)	01	Zentrum-Ost	Leipzig	1892/2, 1892/6, 1892/22, 1892/37, 1892/39, 1892/43, 1892/44, 1892/45, 1892/46, 1892/47, 1892/48, 1892/49, 1892l	ca. 10,24	• Gemischte Baufläche (Mischgebiet) • Fläche für den Gemeinbedarf • Grünfläche	Privateigentum
2	Rosa-Luxemburg-Straße (Freiladebahnhof Ost)	01	Zentrum-Ost	Leipzig	3661/21, 3661/25, 3661/27 (TF), 3661/30, 3661/31, 3661/32, 3661/35, 3661/36, 3661/38, 3661/39, 3661/40, 3661/41 (TF), 3661/43, 3661/44	ca. 16,87	• gewerbliche Baufläche • Grünfläche • Fläche für Bahnanlagen	Privateigentum DB AG
3	Bayerischer Bahnhof	02	Zentrum-Südost	Leipzig	3835/4, 3835/39, 3835/40, 3835/41, 3835/46, 3835/49, 3835/50 (TF), 3835/54, 4685	ca. 5,20	• Wohnbaufläche • Grünfläche • gemischte Baufläche (Mischgebiet) • gewerbliche Baufläche • Fläche für den Gemeinbedarf	Privateigentum DB AG
		40	Südvorstadt	Leipzig	3835/44 (TF), 3835/47, 3835/50 (TF), 3835/61	ca. 14,80		
4	Wilhelm-Leuschner-Platz	03	Zentrum-Süd	Leipzig	1178b (TF), 1178c (TF), 1178d (TF), 1179 (TF), 1180 (TF), 1181 (TF), 1182, 1182a (TF), 1182c (TF), 1182d, 1182e, 1183, 1191c (TF), 1196, 1197, 1199/1, 1199/2, 1200/1, 1200/2, 1200/3, 1200/4, 1201/1, 1201/2, 1202, 1202a, 1203, 1203a, 1204, 1205, 1206, 1207, 1207a, 1208, 1209c (TF), 1209d (TF), 1209e (TF), 1209f (TF), 1210, 3754, 4016/3 (TF), 4017, 4041 (TF), 4123/1 (TF)	ca. 4,98	• Gemischte Baufläche (Kerngebiet)	Kommunaleigentum Privateigentum
5	Schreberstraße 20 (Stadthafen Leipzig)	04	Zentrum-West	Leipzig	2407/1, 2408/2, 2408/3, 2408/4, 2408c, 2593f	ca. 1,42	• Sonderbaufläche (Stadthafen) • Gemischte Baufläche (Mischgebiet)	Kommunaleigentum Privateigentum
6	Delitzscher Straße 2 (Freiladebahnhof)	06	Zentrum-Nord	Leipzig	2733/6, 2733/15, 2733/34, 2733/46, 2733/47 (TF), 2733/48, 2733/50, 2733/51 (TF)	ca. 24,36	• Gewerbliche Baufläche • Grünfläche	Privateigentum DB AG
7	Adenauerallee 6-8 (Postbahnhof)	10	Schönefeld-Abtnaundorf	Schönefeld	291/2, 291/6, 291/10, 294/2	ca. 5,24	• Gewerbliche Baufläche	Privateigentum DB AG
8	Adenauerallee 10	10	Schönefeld-Abtnaundorf	Leipzig	3661/41 (TF)	ca. 1,51	• Fläche für Bahnanlagen • gewerbliche Baufläche	DB AG
9	Wilhelm-Busch-Straße 12	12	Mockau-Süd	Mockau	314/1	ca. 0,02	• Gemischte Baufläche (Mischgebiet)	Privateigentum
10	Hermann-Liebmann-Straße 108	21	Volkmarsdorf	Volkmarsdorf	363/33 (TF)	ca. 1,29	• Fläche für Bahnanlagen	DB AG
11	Torgauer Platz	21	Volkmarsdorf	Sellerhausen	314/1 (TF), 314/2 (TF), 314/3, 314/5, 324, 325/1, 325/2, 326, 327, 328, 329, 433 (TF)	ca. 2,67	• Gemischte Baufläche (Mischgebiet) • Wohnbaufläche	Kommunaleigentum Privateigentum
12	Eilenburger Straße 21	30	Reudnitz-Thonberg	Reudnitz	623/29	ca. 0,44	• Grünfläche	Privateigentum
13	Stötteritzer Straße (KV-Terminal Stötteritz)	31	Stötteritz	Thonberg	200/4 (TF)	ca. 4,55	• Fläche für Bahnanlagen	DB AG
14	Döbelner Straße	31	Stötteritz	Reudnitz	3557, 355/8, 381/3	ca. 2,56	• Gewerbliche Baufläche • Grünfläche	Privateigentum Kommunaleigentum
				Stötteritz	260/4, 795/3, 795/4, 795/5, 795/7, 796/7, 796/8, 796/9, 796/13 (TF), 796/14,			
15	Kolmstraße	31	Stötteritz	Stötteritz	127/15 (TF), 127/16 (TF)	ca. 4,22	• Gewerbliche Baufläche	Privateigentum Kommunaleigentum
16	Ostende	34	Liebertwolkwitz	Liebertwolkwitz	578/10, 578/12, 578/20, 578/31, 578/32, 578s	ca. 5,18	• Gewerbliche Baufläche (Industriegebiet möglich)	Privateigentum Kommunaleigentum

							• Grünfläche	Bundeseigentum
17	Ostende 3	34	Liebertwolkwitz	Liebertwolkwitz	599/1 (TF), 604, 627	ca. 2,47	• Gewerbliche Baufläche (Industriegebiet möglich)	Privateigentum Kommunaleigentum
18	Arno-Nitzsche-Straße (Kohlelagerplatz)	41	Connewitz	Connewitz	467i, 468/11, 468/15 (TF)	ca. 2,96	• Gewerbliche Baufläche	Privateigentum kommunale Beteiligungsgesellschaft
19	Bornaische Straße (Heizkraftwerk Süd)	41	Connewitz	Connewitz	550, 550/13	ca. 4,24	• Grünfläche • Fläche für Bahnanlagen	Kommunaleigentum kommunale Beteiligungsgesellschaft
				Lößnig	33/1, 33/3, 73/1			
20	Fockestraße 80	41	Connewitz	Connewitz	1491/6	ca. 1,45	• Grünfläche	Kommunaleigentum
21	Lützner Straße 218	60	Schönau	Lindenau	648/10, 648/13, 648/14, 648/18	ca. 11,34	• Grünfläche	Landeseigentum Kommunaleigentum
				Schönau	84/2			
22	Plautstraße 78-80 (Marina Leipzig-Lindenau)	60	Schönau	Leutzsch	314/2 (TF), 314/5, 314g	ca. 1,92	• Gewerbliche Baufläche • Wasserfläche	Kommunaleigentum Privateigentum
				Schönau	65/3 (TF), 65a			
23	Karl-Heine-Straße (u. a. Jahrtausendfeld)	70	Lindenau	Lindenau	582/3 (TF), 582/9, 582/10, 583, 583a, 586/2, 759 (TF), 748, 775/1, 775/2, 1205, 1206, 1211/1,	ca. 4,33	• Gewerbliche Baufläche • Fläche für den Gemeinbedarf	Kommunaleigentum Privateigentum
24	An der Merseburger Straße 16	75	Burghausen-Rückmarsdorf	Rückmarsdorf	599/1	ca. 3,27	• Grünfläche	Privateigentum
25	Travniker Straße (ehem. Kaserne Roter Stern)	81	Wahren	Wahren	199/7, 199/11, 199/12, 206/4, 208/3, 209/8	ca. 4,67	• Gewerbliche Baufläche	Kommunaleigentum Landeseigentum
26	Björneborgstraße 15	83	Lindenthal	Breitenfeld	506/2 (TF)	ca. 1,53	• Gemischte Baufläche (Mischgebiet) • Fläche für Landwirtschaft	Privateigentum
27	Töpferweg 12	94	Seehausen	Göbschelwitz	42/3	ca. 2,13	• Fläche für Landwirtschaft	Kommunaleigentum
Parkbogen Ost – zusammengefasste Abschnitte								
28	Sellerhäuser Gleisdreieck und Nordspange	10	Schönefeld-Abtnaundorf	Volkmarsdorf	363/33 (TF)	ca. 4,99	• Fläche für Bahnanlagen • Grünfläche • gewerbliche Baufläche	DB AG Privateigentum
		11	Schönefeld-Ost	Sellerhausen	299/1, 299/3, 299c			
		11, 23	Schönefeld-Ost, Sellerhausen-Stünz	Sellerhausen	411/3 (TF)			
		21	Volkmarsdorf	Sellerhausen	293/2, 293/4, 297b (TF)			
29	Sellerhäuser Bogen	21	Volkmarsdorf	Sellerhausen	198/1, 198/2, 294 (TF), 294e	ca. 9,25	• Fläche für Bahnanlagen • gemischte Baufläche (Mischgebiet) • Grünfläche	DB AG Kommunaleigentum Privateigentum
		21, 23	Volkmarsdorf, Sellerhausen-Stünz	Sellerhausen	407b, 409, 410			
		22	Anger-Crottendorf	Anger	117, 123/1 (TF), 153/4, 153/5, 153/14 (TF)			
				Crottendorf	27/24, 27/25, 27/27, 27/30, 27/31, 27/32 (TF), 27/900, 27/901, 27/902, 27/903, 149/1, 149/2, 208/2, 208/3, 208/4			
		23	Sellerhausen-Stünz	Sellerhausen	89			